

UZ

Unsere Zeit
Zeitung der DKP

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

April 2009

SPD: Grimm – DKP: Grimmig

Rückhaltlose Aufklärung nötig

In der Affäre um den Leiter des Personalamtes der Stadtverwaltung, Hans-Georg Grimm, und den Geschäftsführer der Arbeit für Bottrop (AfB), Karl Trimborn, fordert die DKP eine rückhaltlose Aufklärung. Die Genehmigung für eine private Nebentätigkeit als Arbeitsvermittler hätte dem Leiter des Personalamtes durch die Stadt nicht erteilt werden dürfen. Sowohl aus seiner Tätigkeit bei der Stadtverwaltung, als auch aus der Stellung seiner Lebenspartnerin, Monika Igelbüscher, als Stellvertretende Geschäftsführerin der AfB, hat sich eine Interessenskollision ergeben. Hier wurde massiv gegen das Gerechtigkeitsgefühl der Öffentlichkeit verstoßen! Dafür ist der Stadtspitze und der SPD jegliches Gespür abhanden gekommen. Mit der Abmeldung des privaten Gewerbes als Arbeitsvermittlers durch Herrn Grimm und seinen Rücktritt als SPD-Vorsitzender wird versucht, Schadensbegrenzung zu betreiben. Gleichzeitig ist es ein indirektes Eingeständnis für sein Fehlverhalten! Auf eine Entschuldigung wartet die Öffentlichkeit bisher jedoch vergeblich! Karl Trimborn hat als Geschäftsführer der Arbeit für Bottrop Beschäftigte der AfB massiv eingeschüchert, nachdem diese sich an den Personalrat der Arbeitsagentur gewandt hatten. Ihnen wurde angedroht, nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Eine

Kein Märchen

Es war einmal eine große Partei in Bottrop, die hatte ein Führungsproblem. Der bisherige Chef wollte und sollte wohl auch nicht mehr. Die SPD arbeitet ja bekanntlich mit der Stadtverwaltung Hand in Hand. Am schönsten wäre es jedoch – so sagte man sich wohl – wenn beide Hände an der gleichen Person sitzen. Gesagt, getan: Herr Grimm ist neuer SPD-Vorsitzender von Bottrop. Er bleibt gleichzeitig Chef des Personalamts im Rathaus. Grimm erzählt uns vielleicht gelegentlich das Märchen von der Trennung von Politik und Verwaltung...

... als wenn wir es geahnt hätten.
Aus den NOTIZEN 1/2005.

Dienstaufsichtsbeschwerde des Personalrates der Arbeitsagentur wurde von Seiten der Stadt nicht weiter verfolgt. Auch eine Beschäftigung von 1,50-Euro-Kräften in dem Tennisverein, dem Herr Trimborn angehört, ist ein Skandal. Hier werden 1,50-Euro-Kräfte zur Pflege der Außenanlagen eingesetzt. Was hat das mit gemeinnütziger Arbeit zu tun?

Die Stadtspitze hat versucht, der DKP einen Maulkorb zu verpassen, damit unangenehme Tatsachen nicht an die Öffentlichkeit gelangen. In den 40 Jahren Ratstätigkeit hat sich die DKP nie einschüchtern lassen! Die DKP wird weiter nach dem Motto handeln: DKP ins Rathaus, damit man draußen sieht, was drinnen passiert!

Michael Gerber, Tel: 96227

Schon mal
vormerken!

22.
August

Fest
auf dem
Eigener
Markt

Ruf doch mal
an im
DKP-Büro:
☎ 688 157
oder
komm doch
mal vorbei:
Germaniastr. 54
oder
im Internet:
www.dkp-
bottrop.de

Statt Banken:

Arbeitslosenberatung erhalten

Seit Oktober 2008 hat die Landesregierung die finanzielle Unterstützung der Arbeitslosenzentren eingestellt. In Bottrop hatte bisher nur die Caritas an der Kolpingstraße eine unabhängige Arbeitslosenberatung angeboten. Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wird mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen auch in Bottrop gerechnet. Es ist ein Skandal, wenn für die Rettung der Banken, die diese Krise selbst herbeigeführt haben, Milliarden Euros für Rettungsschirme bereitgestellt werden und die Opfer der Wirtschaftskrise, die Arbeitslosen im Regen stehen bleiben. Die DKP forderte dass die Stadt mit 26.000

Euro die Arbeitslosen- und Sozialberatung der Caritas unterstützt. Nach der Landesregierung darf nicht auch noch die Stadt Bottrop den Arbeitslosen die notwendige Hilfe versagen. Arbeitslose brauchen eine von staatlichen Institutionen unabhängige Beratung, die ergebnisoffen ist. Die „Arbeit für Bottrop“ (AfB) bietet dafür keine Gewähr. Dort wird Hartz IV sanktioniert. Dies schließt eine Unabhängigkeit beim Fallmanagement und Vertraulichkeit des Beratungsprozesses aus. Der Antrag der DKP wurde von CDU, SPD, und FDP abgelehnt.

Ria Reichel, Tel.:n51830

Kahlschlag an der B 224



DKP-Ratsherr Michael Gerber und Amwohner Heinz Amthor besichtigen den Kahlschlag an der B 224

DKP-Ratsvertreter gegen A52



DKP-Ratsvertreter aus Bottrop, Essen und Gladbeck bei einem Pressetermin zum Bau der A 52 beim Restaurant Jägerhof.

Respekt!

Biker-Treff: Auf gutem Weg

Rund 30 Kinder und Jugendliche, etliche Eltern und Anwohner trafen sich am 17. März im Kinder- und Jugendtreff Grafenwald mit Vertretern des Jugendamtes, den im Rat vertretenen Parteien und dem Regionalverband Ruhr. Es ging um den Biker-Parcours, der bereits vor etwa zehn Jahren von den Jugendlichen in einem kleinen Waldstück nahe der Grafenmühle angelegt worden war und seitdem eifrig genutzt wird. Aufgrund einiger Erweiterungsbauten hat nun die Forstbehörde beim RVR Einspruch angemeldet.

eventuellen Unfällen, die zurzeit beim RVR, der Eigentümer des Waldstückes ist, liegt. Allen Beteiligten ist am Erhalt der Strecke – wenn auch mit geringen Rückbauten – gelegen und auch für die Versicherungsfragen bahnt sich eine Lösung durch den Sportverein DJK Adler 07 an. Festzuhalten bleibt: Hier haben Jugendliche über Jahre in Eigeninitiative eine Freizeitanlage geschaffen und gepflegt, die sich großer Beliebtheit erfreut. Das erfordert unseren Respekt und Anerkennung.

Das Problem ist in erster Linie die Haftungsfrage bei

Manfred Plümpe, Tel.: 94135



Der von Jugendlichen errichtete Biker-Parcours in Grafenmühle

Impressum

NOTIZEN aus Bottrop und Kirchhellen

Ich möchte...

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Herausgegeben von der DKP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Bottrop
 V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop
 ✉ s.o. ☎ 68 81 57
 E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de
 www.dkp-bottrop.de

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ, Ort: _____

Auflage: 35.000. Druck: Rollenoffsetdruck Kiel. Satz: mahjon99

Interview:

Stoppt A 52! Keine neue Transitautobahn durch das Ruhrgebiet!

Die „Notizen“ sprachen mit Rita Hölper und Anita Porwol, Sprecherinnen der Interessengemeinschaft Stoppt A 52

Was sind Eure Beweggründe, Euch gegen den Bau der A 52 zu engagieren?

Rita Hölper: Ich wohne mit meiner Familie in der Boymannsheide direkt neben der künftigen A 52. Trotz Lärmschutzwall und -mauer werden die Grenzwerte für den Lärmschutz überschritten. Unser Haus soll neue Fenster als passiven Lärmschutz bekommen. Der Aufenthalt im Garten wird im Sommer zur Gesundheitsgefahr. Ein Schlafen bei offenem Fenster wird unmöglich sein. Die Le-

bensqualität wird sich rapide verschlechtern. Autobahn macht krank.

Anita Porwol ergänzt: Wir wohnen in Welheim direkt an der B 224. Ich lebe künftig im Schatten einer Lärmschutzwand. Der Geräuschpegel der Bahnlinie wird künftig von der Wand direkt auf unser Haus reflektiert.

Wie wird sich der Verkehr auf der künftigen A 52 entwickeln?

Anita Porwol: Die A 52 ist als neue Transitroute durch das Ruhrgebiet geplant. Erwartet werden bis zu 140.000 Fahrzeuge pro Tag. Jetzt sind es 40.000. Doch auch in der Siedlung Welheim wird der Verkehr stark ansteigen.

Bisher ist es möglich, von der Welheimer- und Gungstraße auf die B 224 zu fahren. Künftig nicht mehr. Der Kreisverkehr bei Aldi auf der Johannesstraße wird den zusätzlichen Verkehr nicht bewältigen.

Wie wird die Natur betroffen sein?

Rita Hölper: Das bisher unberührte Kraneburger Feld wird durch die Verschwenkung der Horster Straße und einen neuen Autobahnzubringer zerstört und als Gewerbegebiet für die Stadt erschlossen. Das Welheimer Wäldchen wird zu einem großen Teil abgeholzt, da die Autobahntrasse um 25 Meter nach Osten verbreitert wird. Die

geplante Renaturierung der Boye wird unmöglich gemacht.

Was wollt Ihr weiterhin unternehmen?

Anita Porwol: Wir haben viele Einsprüche gegen die Planfeststellung organisiert. Die Bevölkerung werden wir weiter über die Folgen der Autobahn aufklären. Nur zusammen mit den Initiativen aus Essen und Gladbeck können wir erfolgreich sein. Natürlich bleiben wir optimistisch. Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Notizen: Vielen Dank für das Gespräch.



DKP-Ratsvertreter fordern

Gemeinsam gegen A 52

Mit dem Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der B 224 zur A 52 auf dem Stadtgebiet von Bottrop sollen Fakten für eine zentrale neue Transitroute durch das Ruhrgebiet geschaffen werden. Entgegen den Darstellungen von „Straßen NRW“ geht es nicht um eine Entlastung für den regionalen Verkehr im westlichen Ruhrgebiet. Denn der Endausbau der A 52/A535 ist nach Angaben des Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für eine Verkehrsbelastung von bis zu 140.700 Kfz pro Tag ausgelegt. Dies bedeutet eine Verdreifachung des PKW- und eine Vervierfachung des

LKW-Verkehrs. Das Ruhrgebiet hat bereits heute das dichteste Autobahnnetz Europas. Mit dem Bottroper Abschnitt der A 52 wird versucht, mit einer Salami-Taktik die Realisierung der gesamten Transitstrecke zu beginnen. Damit soll gleichzeitig der Druck auf eine beschleunigte Beschlussfassung der Ausbaupläne in Essen und Gladbeck erhöht werden.

Die DKP-Ratsvertreter in Essen, Gladbeck und Bottrop lehnen die A 52 entschieden ab. Der Bau dieser Transitroute hat gravierende Auswirkungen auf die Menschen, Natur und Umwelt im gesamten westlichen Ruhrgebiet.

Der Bau der A 52 bedeutet:
- Eine Gefährdung der Gesundheit der betroffenen Menschen, die an der Trasse der A 52 wohnen. Autobahnen machen krank!

- Die Natur wird unwiederbringlich weiträumig zerstört. Witringer Wald, Kraneburger Feld, Welheimer Wäldchen und Helenenpark sind in ihrem Bestand gefährdet.

- Die Transitroute zerstört die Siedlungsstruktur der Städte, die von der A 52 durchschnitten wird.

- Ein falsches Signal für die Mobilitätsanforderungen der Zukunft. Eine Verkehrswende hin zum öffentlichen Nahverkehr sowie eine Verlagerung

der Güterverkehre auf Bahn und Wasserstraßen wird blockiert.

Die DKP-Ratsvertreter unterstützen die Bürgerinitiativen in Essen, Gladbeck und Bottrop in ihrem Widerstand gegen den Bau der A 52. Nur gemeinsam und in der städteübergreifenden Bündelung des Protestes kann die Transitroute verhindert werden.

Die zahlreichen Einsprüche gegen die Planfeststellung der A 52 sind Ausdruck des Widerstandes gegen eine verhängnisvolle Verkehrsplanung. Die DKP-Ratsvertreter schließen auch juristische Schritte gegen einen möglichen Planfeststellungsbeschluss der A 52 nicht aus.

Patrik Köbele, DKP-Ratsherr, Essen

Gerd Dorka, DKP-Fraktionsvorsitzender, Gladbeck

Michael Gerber, DKP-Fraktionsvorsitzender, Bottrop

Forderungen der DKP-Fraktion für den Haushalt 2009

Bottrop als soziale zukunftsfähige Stadt

Bei den diesjährigen Haushaltsberatungen forderte die DKP-Fraktion ein kommunales Konjunkturprogramm zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in örtlichen Betrieben. Das Konjunkturprogramm soll genutzt werden für die Instandsetzungen von Schulen, die Erweiterung von Ganztagsangeboten im Schulbereich und das Vorziehen von Investitionen für die kommunale Infrastruktur.

Die **Stadtentwicklung** darf sich nicht vorrangig auf die Innenstadt konzentrieren, sondern muss verstärkt die Wohnviertel im Bottroper Süden (Ebel, Vonderort, Welheimer Mark) aufwerten. In diesen Stadtteilen soll die Stadt die Nahversorgung der Bevölkerung unterstützen, durch finanzielle Förderung bei der Schaffung und beim Betrieb von Lebensmittelmärkten, ähnlich wie z.B. beim CAP-Markt in Grafenwald.

Die DKP fordert im Schulbereich:

- Kostenlose Teilnahme am Angebot der „Offenen Ganztagsgrundschule“ für alle Schüler als ersten Schritt zur Einführung der gebundenen Ganztagsgrundschule;

■ Kostenloses Mittagessen für alle Schüler der Offenen Ganztagsgrundschulen und der Schüler im Ganztagsunterricht der Sekundarstufe I und II.

■ Einstellung von zehn Sozialarbeitern für Grundschulen mit hohem Migrantenanteil und für die drei Realschulen;

Im Sozialbereich fordert die DKP unter anderem:

■ die Einführung eines kostenlosen Sozialtickets zur Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs in Bottrop für alle Schüler und Erwachsene, die ein Anrecht auf den Bottrop-Pass haben. Dies soll ein erster sein Schritt hin zu einer ökologischen Verkehrspolitik mit einer „ÖPNV-Flatrate“, wie sie bereits in Tempelin (Brandenburg) oder mit dem „Gratisbus“ in Hassel (Belgien) erfolgreich eingeführt wurde.

■ Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe von 100 € (Kinder 60 €) für Bezieher von Arbeits-

losengeld II, Sozialgeld oder Grundsicherung.

■ Kostenlose Nutzung der Angebote der VHS, Musikschule, Stadtbibliothek, Freibad und Hallenbäder, Ferienfreizeiten und Kommunales Kino für Inhaber des Bottrop Passes.

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen fordert die DKP:

■ Rücknahme der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten in den städtischen Gebäuden und Schulen. Es gibt vermehrt Klagen in den Schulen über eine zunehmende Verschmutzung und teilweise unzumutbare Arbeitsbedingungen für das Reinigungspersonal bei privaten Reinigungsfirmen. Das Reinigungspersonal bei Fremdfirmen soll das Angebot einer Einstellung bei der Stadt Bottrop erhalten.

■ Verzicht auf 1,50-€-Jobs bei der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben und Schaffung von 50 neuen Dauerarbeitsplätzen im Grünflächenamt, bei der BEST und weiteren Ämtern der Stadt.

■ Ausbildung über den Bedarf durch Einrichtung weiterer 50 Ausbildungsstellen bei der Stadtverwaltung.

■ Einstellung einer weiteren Streetworker/-in für die Arbeit mit Jugendlichen.

■ Errichtung von je zwei Bolzplätzen für Jugendliche in jedem der drei Bezirksvertretungen.

■ Einstellung eines Streetworkers beim Gesundheitsamt für die Arbeit mit Erwachsenen die Alkohol- und/oder Drogenprobleme haben.

■ Die Stadtbücherei sowie die Büchereizweigstellen in Boy, Eigen und Kirchhellen sind unzureichend für den Bedarf an Büchern und Literatur. Um eine bessere Betreuung von Schulen und einzelne Stadtteile mit zu gewährleisten, soll durch das Kulturamt ein Bücherei-Bus angeschafft werden.

Irmgard Bobrzik, Tel: 62020

Die Gesamtkosten des Programms „Bottrop als soziale zukunftsfähige Stadt“ betragen 13 Millionen Euro. Die Verschuldung der Stadt Bottrop sowie der anderen Ruhrgebietsstädte ist eine Folge der Finanzpolitik von Bund und Land. Aus eigener Kraft kann Bottrop sich nicht aus der Schuldenfalle befreien. Zu der gleichen Einschätzung kommen die Oberbürgermeister der Städte aus dem Ruhrgebiet und des Bergischen Landes in ihrer Stellungnahme „Wege aus der Schuldenfalle“. In einem Gutachten des DGB-Landesbezirks NRW „Finanzsituation der Kommunen in NRW“ heißt es: „Als Folge der Finanzmisere in den betroffenen Kommunen ergeben sich zunehmend ungleiche Lebensverhältnisse... Der Versuch der Haushaltskonsolidierung bzw. die gegenwärtigen Instrumente der Kommunalaufsicht (Haushaltssicherung bis Sparkonzept) können die strukturellen Defizite nicht aufheben und führen lediglich zu einer Abwärtsspirale des ‚Kaputt-Sparens‘, ohne dass die strukturellen Probleme angegangen werden.“ Der DGB schlägt einen Landesfond vor, aus dem die Zins- und Tilgungsraten hoch verschuldeter Kommunen bezahlt werden.

In die gleiche Richtung zielt die Forderung der DKP-Fraktion, die bereits seit 10 Jahren erhoben wird, die Stadt von den Zinslasten zu befreien. Die Stadt Bottrop zahlt jährlich zwischen 9 – 10 Millionen Euro an Zinsen an private und öffentlich rechtliche Kreditanstalten. Hinzu kommen jährliche Zahlungen an den „Fonds Deutsche Einheit“ in Höhe von ca. 2,5 Millionen Euro. Weitere Einnahmen in Höhe von ca. 600.000 Euro können mit einer Anhebung der Gewerbesteuer von 490 auf 500 Punkte erreicht werden. Mit diesen Mitteln von ca. 13 Millionen Euro können die Vorschläge der DKP-Fraktion finanziert werden

8. März – Internationaler Frauentag



Zum Internationalen Frauentag verteilte die DKP rote Nelken auf den Marktplätzen in der Innenstadt, der Boy und im Eigen.

DKP – 40 Jahre

Immer aktiv – jedes Jahr!

Hier war ursprünglich geplant, eine Übersicht über „das Erreichte und noch zu Erreichende“ zu veröffentlichen, nachdem die Chronik von Aktivitäten der DKP in der letzten Ausgabe der NOTIZEN bis zum Jahr 2000 gekommen war. Wir wurden jedoch gefragt: Habt Ihr danach denn nichts gemacht? Ihr wart doch mindestens genauso aktiv wie vorher!

Das wollen wir uns nicht öfter sagen lassen, darum hier Teil 4 unserer Reihe mit den Aktivitäten der DKP und der DKP-Ratsfraktion, diesmal für die Jahre 2001 bis 2004.



- DKP begrüßt, dass eine neue Straße nun nach Clemens Kraienhorst benannt wird.
- DKP protestiert gegen Castor-Transporte, die möglicherweise auch über Bottroper Stadtgebiet fahren.
- DKP verteilt in großer Auflage eine Broschüre „Agnes Miegel – wer war das?“ und fordert Umbenennung der Straße gleichen Namens.
- Das erste Mal stimmt die DKP dem Etat zu, um damit zu erreichen, dass das Haus der Jugend erhalten und damit die dritte Realschule realisiert werden kann, was die CDU ablehnt. Die Abstimmung endet knapp.
- DKP ruft den Rat der Stadt auf, den Bundestag zu einer ausreichenden Finanzierung der Gemeinden aufzufordern. Der Antrag wird abgelehnt.
- DKP unterstützt Mieter der Rhein-Lippe-Wohnstätten gegen Mieterhöhungen und Fehler bei den Umbauten der Häuser.
- DKP spricht sich öffentlich gegen Terrorismus aus, verschweigt aber auch nicht, dass am 11. September 1973 in Chile mit Hilfe der US-Regierung die demokratisch gewählte Regierung Allende gestürzt wurde.
- DKP ehrt verschollene Bottroper Kommunisten, die in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion verschollen sind.
- DKP-Fraktionsvorsitzender Gerber ist Anmelder einer Demonstration im Dezember gegen eine neofaschistische Kundgebung. Die Demonstration ist Anlass für ein riesiges Polizeiaufgebot. Etwa 1.000 Personen marschieren gegen alte und neue Nazis.



- DKP protestiert gegen erneute Versuche, den Marktplatz zu verkleinern.
- DKP unterstützt Demo von Schülern gegen Erhöhung der Klassengrößen.
- Essener Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den DKP-Fraktionsvorsitzenden Michael Gerber wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz anlässlich der antifaschistischen Demonstration im Vorjahr. Das Amtsgericht Bottrop stellt das Verfahren bei der Verhandlung im September ein.
- DKP fordert, endlich die Geschichte des Widerstands gegen den Faschismus in Bottrop aufzuarbeiten.
- DKP protestiert gegen Ausbau der B224 zur A52.
- DKP fordert Stopp des Metrorapid.
- DKP protestiert gegen Bau der dritten Realschule am neuen Standort, der auch noch teurer wird, als der ursprünglich geplante.
- DKP fordert, auf einem Wildgrundstück am Trappenhof einen Bolzplatz zu errichten.
- Der Bundesrat lässt nach dem Bottroper Gustav Thorun forschen, Mitglied des Preußischen Staatsrates für die KPD, der an den Folgen der Haft im Gefängnis und im KZ 1939 starb.



- DKP fordert umfassende Aufklärung eines Handels mit Pässen von Asylbewerbern, der – so sieht es aus – von der Stadt gefördert wird.

- DKP verhindert durch umfassende Information und kritische Fragen, dass in Bottrop ein sogenannter „Cross-Border-Leasing“-Vertrag zustande kommt, mit dem die Stadt unter anderem ihr Abwassernetz an unbekannte Investoren verhökern wollte. Nach Veröffentlichung einer umfangreichen Dokumentation, die die DKP herausgab, wollten auch andere Parteien nicht mehr.
- Mehr als 4.000 Unterschriften „Rettet den Markt“ werden von der DKP gesammelt, erst einmal ist damit der Marktplatz gerettet (wie wir heute wissen: Jedoch nur vorläufig!)



- Nochmals stimmt die DKP dem städtischen Etat zu, um den Bau des Jugendkombihauses zu ermöglichen, den die CDU ablehnte, und den Marktplatz zu erhalten.
- DKP fordert kostenlose Ganztagsgrundschule.
- Im Rat der Stadt beleidigt die CDU mit der Behauptung, die Kommunisten seien mit der Stasi verstrickt und möglicherweise militärisch geschult. Die DKP wird aufgefordert, ihre Stasi-Unterlagen offen zu legen. Die DKP dazu: Alle Parteien oder keine!
- Am Tag der „Diskussion“ dieses „Stasi“-Antrags der CDU marschieren die DKP-Vertreter symbolisch mit Holzgewehr und Stahlhelm in die Sitzung. Kommentar in der WAZ: „Jetzt geht Bottrop womöglich in die Geschichte ein...“
- DKP fordert, den Bergbau in Kirchhellen umweltverträglicher zu machen – z.B. durch den Einsatz des sogenannten Blasversatzes.
- DKP fordert, die „Nordanbindung“ in Kirchhellen zum Warner Movie Park nicht zu verwirklichen.
- DKP ist an der Seite der Opfer von Hartz IV, dieses Gesetz wird im Jahre 2004 umgesetzt. DKP fordert: Weg mit Hartz IV, versucht aber auch immer wieder, auf Bottroper Ebene kleine



- Zugeständnisse zu erreichen.
- DKP setzt Betreuung in der Offenen Ganztagschule auch in den Ferien durch.
- DKP zieht mit vier Vertretern in den Rat der Stadt: Irmgard Bobrzik, Herbert Dibowski, Michael Gerber und Gertrud Schulz. In der Bezirksvertretung ist sie durch Günter Ziemmek, in der BV Mitte durch Ulrich Kunold vertreten.

Dreck durch Lohnsklaverei

Reinigung an Schulen: ungenügend

Der Reinigungsstandard an den Schulen gibt immer häufiger Anlass zur Kritik. Schulausschussvorsitzender Michael Gerber wurde bereits von zahlreichen Schulen auf die mangelhafte Reinigung angesprochen. Dies wurde auch in Gesprächen mit dem GEW-Vorstand und dem Personalrat der Stadt bestätigt. Inzwischen sind 65 Prozent der Reinigungsflächen, darunter alle Schulgebäude, an private Reinigungsfirmen vergeben. Der Leistungsdruck für das Reinigungspersonal der privaten Firmen ist so groß, dass Beschäftigte bereits unbezahlte Mehrarbeit leisten, um das vorgeschriebene Pensum schaffen zu können. Eine gründliche Reinigung kann so beim besten Willen nicht geleistet werden.

Das Lohnniveau bei den „Privaten“ liegt dabei teilweise unter 6.- Euro die Stunde. Die städtischen Reinigungskräfte werden dagegen mit mindestens 10.- Euro entlohnt. Die Stadt duldet damit Arbeitsbedingungen, die sozial nicht zu verantworten sind. Da es keinen Mindestlohn im Reinigungsgewerbe gibt, ist dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Dies darf die Stadt nicht länger tatenlos mit ansehen. Die DKP schlägt daher vor, den Reinigungsdienst wieder komplett in städtische Regie zu übernehmen. Dies kann auch mit dazu beitragen, den Reinigungsstandard an den Schulen wieder zu verbessern.

Ulrich Kunold, Tel.: 7734190

Abzocken, abzocken, immer wieder abzocken

RWE will mehr Geld für den gleichen Müll

In einem Schreiben an die Stadt Bottrop hat die RWE höhere Müllgebühren gefordert. Der Bottroper Hausmüll wird im Müllheizkraftwerk Karnap (MHKW) verbrannt.

Laut RWE decken die Gebühren angeblich nicht mehr Kosten. Bereits vor einem Jahr hatte RWE versucht, höhere Gebühren durchzusetzen. Obwohl der Vertrag mit der RWE noch bis 2014 läuft, will dieser Betreiber einseitig neue Bedingungen durchsetzen. Bisher galt ein Verhältnis von 70 zu 30 Prozent für die Kostenverteilung zwischen der Veraschung und der Stromer-

zeugung im MHKW Karnap. Das RWE will dieses Verhältnis auf 95 zu 5 Prozent verändern.

Dies bedeutet eine Verteuerung der Müllgebühren von 25 bis 30 Prozent! Die DKP wird darauf bestehen, dass RWE sich nicht auf Kosten der Bürger bereichert! Der Energiekonzern ist schon jetzt eines der profitabelsten Monopole unseres Landes!

Bei seinem ersten Besuch als RWE-Chef wurde Jürgen Großmann von der DKP mit einem Transparent begrüßt: Stoppt die RWE-Millionen-Abzocke!

Irmgard Bobrzik, Tel.:62020

Mit den Bewährten

Zur Kommunalwahl

Mit bewährten Kommunistinnen und Kommunisten tritt die DKP zur Kommunalwahl an – die ja nun wohl am 30. August stattfinden wird. Alle Spitzenkandidaten haben bereits Erfahrungen in der Ratsarbeit sammeln können – zum Teil über Jahrzehnte. Durch ihre Arbeit sind sie bei den Bottroper Bürgern vor allem beliebt, weil sie sich für Benachteiligte einsetzen, weil sie vor Ort über beabsichtigte

Schweinereien informieren und weil auf sie Verlass ist. Sie sind beim politischen Gegner unbeliebt, teilweise verhasst und gefürchtet, weil sie deutlich machen, dass politisches Engagement nicht darin besteht, auf Kommanden den Finger im Rat oder Ausschuss zu heben und weil sie zeigen, was drinnen vorgeht und gern mal den Gaul auf Trab bringen.



Irmgard Bobrzik



Michael Gerber



Uli Kunold



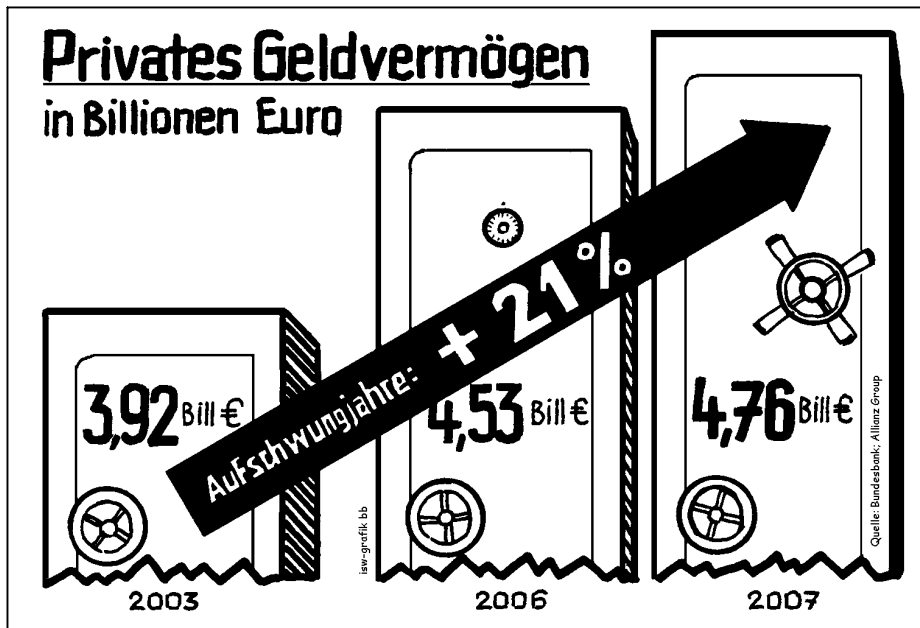
Herbert Dibowski



Gertrud Schulz



Günter Ziemmek



Geld holen, wo es ist

Die Reichen sollen zahlen

Der Aufschwung hat die Taschen der Konzerne, Banken und Reichen gefüllt. An der Mehrheit der Bevölkerung ist er vorbei gegangen. Seit 2002 sind die Reichen in Deutschland reicher und die weniger Wohlhabenden und Armen ärmer geworden. Dies belegt eine aktuelle Studie des DIW Berlin. Das reichste Zehntel der Bevölkerung hat den gesamten Vermögenszuwachs der Aufschwungjahre eingesackt. Während das reichste Hundertstel der Bevölkerung nun 23 Prozent des gesamten Nettovermögens besitzt, wurden Millionen Durchschnittsverdiener in die Armut geschickt. Die Hälfte der Bevölkerung hat nichts auf der hohen Kante. Im Gegenteil. Die Schulden wurden größer. Selbst bei dem jenige Drittel der Bevölkerung mit einem bescheidenen Vermögen ist das Ersparte zusammengeschmolzen.

Während Millionen Frauen und Männer ihre Arbeit, ihr Erspartes, ihre Häuser und ihre Lebensgrundlagen verlieren, haben die Superreichen

ihr Vermögen vor der Krise weitgehend in Sicherheit gebracht. Krise hin, Krise her-2008 war das Jahr der Dividenden. 43,8 Mrd. Euro schütteten die deutschen Aktiengesellschaften an ihre Aktionäre aus. 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 2008 fällt bei den 30 größten börsennotierten Unternehmen die Ausschüttung zwar etwas niedriger aus; gemessen am stark gefallenem Börsenwert sind die Ausschüttung jedoch so hoch wie noch nie.

Auch die meisten der großen Konzerne schwimmen im Geld. Zum Beispiel haben die vier Stromgiganten Deutschland in vier „Besatzungszonen“ aufgeteilt und sind über die Verbraucher hergefallen: 100 Mrd. Euro Gewinn seit 2000. Verwendet für den Aufkauf von Stromerzeugern im Ausland, Dividenden und Kurspflege ihrer Aktien. Jetzt wollen die Regierungen die Bevölkerung zwingen, die Krisenlasten zu schultern und schwere Opfer zur Rettung der Banken und der Vermögen der Reichen zu bringen.

Dazu sagen wir: NEIN!

Bezahlen sollen diejenigen, die sich an den Finanzzessen der zurückliegenden Jahre goldene Nasen verdient

haben: Banken, Konzerne, Fonds und die Superreichen. Sie drängten darauf, dass ihre Geldmassen immer schneller, höher und riskanter verwertet wurden. So wurde die Finanzkrise herbeigeführt.

Deshalb:

- Die Steuervergünstigungen der zurückliegenden Jahre für Spitzeneinkommen und Profite sowie die Privilegierung von Finanzinvestitionen sind rückgängig zu machen.
- Profite, hohe Einkommen und Vermögen sind progressiv zu versteuern. In Deutschland gibt es über 800.000 Millionäre mit einem durchschnittlichen Vermögen von 3,5 Millionen Euro. Schon bei einem Steuersatz von fünf Prozent und einem großzügigen Freibetrag von einer Million wären jährlich rund 100 Milliarden Euro Steuereinnahmen erzielbar.
- Steueroasen schließen und Steuerflucht bekämpfen. Spekulationssteuer auf grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen.

Gertrud Schulz, Tel: 684055

7. Juni: Europawahl

Michael Gerber auf Platz 5 der DKP-Wahlliste

Die Arbeiter und Angestellten haben mit ihrer Arbeit und ihrer Kreativität die Europäische Union zur reichsten Region der Welt gemacht. In Europa könnte für Alle das Grundrecht auf existenzsichernde, menschenwürdige Arbeit verwirklicht und die Arbeitszeit so reduziert werden, dass Raum für eine sinnvolle Freizeitgestaltung, für Familie, Bildung und Kultur, für Kreativität geschaffen wird.

Für ein sozialistisches Europa

Die DKP sagt: JA zu einem Europa, das sich an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientiert und in dem die Wirtschaft den Menschen dient – NEIN zu einer Europäischen Union der Banken und Konzerne. JA zu einem Europa der sozialen Sicherheit, der solidarischen wirtschaftlichen Kooperation, des Schutzes der Umwelt, des Rechts auf sinnvolle Arbeit in Würde - NEIN zu einer Europäischen Union des Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz, des Lohn- und Sozialdumping

Wir Kommunistinnen und Kommunisten stellen folgende Forderungen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes:

- Kein Ausbau der EU zur Militärmacht
- Für einen Richtungswechsel in der Klima-, Energie- und Ernährungspolitik
- Stopp des Sozialabbaus und der Massenarbeitslosigkeit
- Bessere Zukunftsaussichten und Förderung für junge Menschen
- Für ein Europa der Frauen
- Demokratie erneuern
- Konsequent gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Für ein Europa der internationalen Partnerschaft und Solidarität

Jörg Wingold, Tel: 685911

Wahrlich christlich

Katholische Gemeinde blockiert Kindergarten

Großes Entsetzen gab es kürzlich im Jugendhilfeausschuss. Den Beschluss des Ausschusses, den bisher katholischen Kindergarten „Heilig Kreuz“, nicht in die Trägerschaft der Stadt überzuleiten, sondern künftig durch das Rote Kreuz betreiben zu lassen, will die katholische Pfarrei St. Cyriacus nicht akzeptieren. Als Eigentümerin des Kindergartens hat die Pfarrei beschlossen, einer Nutzungsübertragung nicht zuzustimmen. Jetzt soll der Kindergarten noch als katholischer Kindergarten bis zum 31.10.2010 fortgeführt und dann endgültig geschlos-

sen werden. Damit droht eine Unterversorgung mit Kindergartenplätzen im Wohnbereich Mitte-Süd. Dagmar Gerber, Sprecherin der DKP im Jugendhilfeausschuss: „Die katholische Gemeinde brüskiert mit ihrem Beschluss die betroffenen Eltern, das Rote Kreuz und die Stadt. Es ist ein verantwortungsloser Beschluss gegen die Interessen der Kinder und Erzieherinnen. Gleichzeitig ist es ein Affront gegen einen mit Mehrheit gefassten Beschluss der Stadt Bottrop.“

Dagmar Gerber, Tel.: 96227

Anzeige

Eigentor

Marmor, Stein und Eisen bricht...

Trotz heftiger Proteste in der Öffentlichkeit hat der Regionalverband Ruhr (RVR) die Steinfiguren – im Volksmund „Aliens“ genannt - am Fuße des Tetraeders entfernt. Die Steinskulpturen erfreuten sich allgemeiner Beliebtheit und wurden als eine Bereicherung empfunden. Niemand außer Professor Christ, dem Schöpfer des Tetraeders, nahm daran Anstoß. Die Entfernung der „Aliens“ vom Plateau des Tetraeders durch den RVR erweist sich jetzt als Eigentor. Unbekannte haben nach der Entfernung auf der Halde Beckstraße aus Steinen einen Phallus abgebildet. Die „Aliens“ waren in der Bevölkerung und bei den Besuchern des Tetraeders allge-

mein akzeptiert. Die Starrköpfigkeit des Prof. Christ und die kulturelle Borniertheit des RVR haben die Menschen im Revier nicht nur vor den Kopf gestoßen, sondern auch herausgefordert. Es ist ein Trauerspiel, dass in Bottrop Verwaltung und Politik - bis auf die DKP - zur Entfernung der „Aliens“ geschwiegen haben. Vergeblich hatte sich die DKP für das Verbleiben der Figuren eingesetzt. Wie so häufig, ist die Bevölkerung nun dabei, die Steine wieder selbst in die Hände zu nehmen. Dass dabei jetzt ein anderes Symbol herauskommt, ist sicher kein Zuphallas!

Herbert Dibowski, Tel.:33855



FEST

DER SOLIDARITÄT

19.-21. Juni 2009

Dortmund Revierpark Wischlingen



Wieder da:

Das „alte Wappen“ von Bottrop

Lange zehrte die DKP noch von Vorräten, jetzt mussten sie nachgedruckt werden: Die Aufkleber mit dem alten Stadtwappen von Bottrop.



Sie sind natürlich immer noch kostenlos in kleinen Mengen im DKP-Büro, Germaniastr. 54

und an DKP-Informationsständen erhältlich.

Jörg Wingold, Tel.: 685911

Wertvoller Kandidat

Mehr Euros für Marc?

Als Oberbürgermeisterkandidat der CDU gibt sich Marc Buchholz kinderfreundlich und wollte die Gebühren für Kindergärten in Bottrop senken. Ein Blick nach Kevelaer, wo Buchholz seit Oktober 2005 als Dezernent auch für die dortigen Kindergartengebühren zuständig ist, zeigt wie ernst es dem CDU Kandidaten damit ist: Kevelaer hat mit die höchsten Kindergartenbeiträge im gesamten Kreis Kleve! Als Marc Buchholz bereits von der CDU in Bottrop als OB-Kandidat präsentiert wurde, hatte er versucht, sich

Ende 2008 noch einmal kräftig sein Gehalt als Dezernent in Kevelaer zu erhöhen. Die Beförderung von A 15 nach A 16 wurde jedoch einstimmig (!) vom Rat in Kevelaer abgelehnt. Als oberster Bademeister in Düsseldorf wurde Marc Buchholz von einem dortigen CDU-Mitglied 2005 mit den Worten verabschiedet: „Wir können uns beglückwünschen, wenn Kevelaer ihn nimmt...“ Sorgen wir dafür, dass Marc Buchholz dort bleibt!

Günter Ziemmek, Tel.:7340005